

# Geplante Ferkelzuchtanlage beschäftigt auch Kreistag

## Wadelsdorfer Bürgerinitiative in Einwohnerfragestunde

FORST Die Tatsache, dass die Bauaufsichtsbehörde des Spree-Neiße-Kreises in der vergangenen Woche dem Investor der geplanten Ferkelzuchtanlage in Wadelsdorf die Baugenehmigung erteilt hatte, machte auch vor der jüngsten Kreistagssitzung nicht Halt. Bereits Landrat Harald Altekrüger griff das Thema in seiner Rede auf, indem er noch einmal unterstrich, dass der Landkreis ausschließlich das Baurecht zu prüfen hatte und dass es sich grundsätzlich um eine Anpassung der Anlage an den neuesten Stand der Technik und nicht um eine Erweiterung handeln würde. Daher sei der Prüfungsumfang auch auf das Bauordnungsrecht begrenzt.

Über die Freigabe und Wiederinbetriebnahme der Anlage entscheide ausschließlich das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz – nicht der Landkreis, so Altekrüger.

Die Ferkelzuchtanlage in Wadelsdorf nach Plänen der Straathof Holding GmbH stößt auf heftigen Protest der Bürgerinitiative "Saustall Wadelsdorf". Unter anderem Carola Freitag hatte sich gemeinsam mit anderen Anwohnern am Mittwoch auf den Weg ins Kreishaus gemacht, um in der Einwohnerfragestunde den Kreistag noch einmal für das Thema zu sensibilisieren. Sie wies noch einmal darauf hin, dass der Investor trotz Baustopps weiter gebaut hätte, meist am späten Nachmittag. Der Landkreis habe mehrfach Bauläufer geschickt, um dies zu prüfen, so Baudezernent Olaf Lalk (CDU). Ob dies denn Sanktionen für den Investor nach sich ziehe, wollte Carola Freitag wissen. Dies werde mit ordnungsbehördlichen Maßnahmen verfolgt, alles andere unterliege dem Datenschutz, sagte Olaf Lalk daraufhin.

Andere Probleme wie die Gülleentsorgung, die andere Bürger vorbrachten, sei Sache der Überwachung des Landesumweltamtes, so Lalk.

Kreistagsabgeordneter Raik Nowka (CDU), der auch als neugewählter Landtagsabgeordneter im Vorfeld von der Bürgerinitiative angesprochen worden war, sagte daraufhin, dass die Kreisverwaltung aus seiner Sicht richtig gehandelt habe. Denn es gebe nun einmal rechtliche Grundsätze, die einzuhalten sind. Dennoch sei die Situation mit dem Investor schwierig, und auch Christina Schönherr (Freie Wähler SPN) plädierte dafür, den Bürgern Verständnis entgegenzubringen.

Die Bürgerinitiative hat eine Petition gestartet und sammelt gegenwärtig Unterschriften.